

Entschließungsantrag

der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

zu den Ergebnissen des Informellen Abendessens der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten am 27. Mai 2014 in Brüssel sowie zum G7-Gipfel am 4./5. Juni 2014 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert den Präsidenten, die Regierung und das Parlament der Ukraine auf, kein Verbotsverfahren gegen die Kommunistische Partei der Ukraine einzuleiten.

Dabei geht es nicht darum, dass der Deutsche Bundestag die Meinungen und Ziele der Kommunistischen Partei teilt, sondern um die demokratische Gestalt der Gesellschaft der Ukraine. Widersprüche müssen ausgehalten werden und ein Verbot der Kommunistischen Partei der Ukraine schränkte die Meinungsfreiheit, die Breite der gesellschaftlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen, die Demokratie und Freiheit völlig unnötig ein.

Besonders unangenehm fällt auf, dass es nicht die geringste Absicht gibt, ein Verbotsverfahren gegen die rechtsextremistische, faschistische Svoboda-Partei einzuleiten.

Berlin, den 3. Juni 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

